

Brauer, Stephan

FDP

Wahlkreis 22

WAHLPRÜFSTEIN 1 Landwirtschaft- Fördern

Aussage:

Deutschland steht weltweit an dritter Stelle bei den Agrarexporten und auch Agrarimporten (lt. Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt, 2018). Sich in diesem internationalen Handel zu behaupten spielt für die konventionelle Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle. Unsere Hohenloher Landwirte können mit den niedrigen Weltmarktpreisen kaum mithalten. Immer höhere Erträge bei immer niedrigeren Preisen und begrenzten Flächen – das ist schlecht für die Bauern. Die Politik des „Wachsen oder Weichen“ – besonders vom Bauernverband propagiert – und die fragliche Subventionspolitik der EU, hat schon zu viele Landwirte zum „aufhören“ gezwungen oder in enorme Schuldenzwänge gebracht. Unsere Bauern erwarten vollkommen berechtigt klare und verlässliche Perspektiven! Viele BürgerInnen wünschen sich gesunde Nahrungsmittel und zum Schutz der Umwelt eine Förderung der biologischen Landwirtschaft – auch zum Wohl der Landwirte.

Fakt:

Unsere Region „Nördlicher Landkreis SHA“ wird häufig als Keimzelle des biologisch-dynamischen und biologisch-organischen Anbaus in Deutschland bezeichnet. Viele der ältesten Demeter-Betriebe Deutschlands wirtschaften hier. Immer noch gibt es eine sehr große Dichte an Biobetrieben.

- Das erklärte Ziel der Bio-Musterregion ist: „Mehr Bio“ für und aus Baden-Württemberg bzw. für und aus unserer Region Hohenlohe.
- Das Ergebnis der bisherigen Agrarpolitik in Hohenlohe vor allem im nordöstlichen Teil des Landkreises SHA ist: enormes „Bauernsterben“, Bau zahlreicher Masttierställe für die industrielle Tierhaltung [bevorzugtes Bauen], extreme Tierdichte, Verschuldung, Landverknappung, massiver Anstieg der Pachtpreise, intensive Landnutzung, hoher Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, Verlust von Kleinbiotopen, Hecken, Säumen, Brachflächen usw.

Fragen:

- (1) Wie stehen Sie zur Bio-Musterregion-Hohenlohe?
- (2) Woran fehlt es Ihrer Meinung nach, damit aus der „Bio-Musterregion“ eine „mustergültige Bio-Region“ wird? Durch welche Maßnahmen wollen Sie diese politisch fördern?
- (3) Wenn Sie es könnten: Wie würden Sie die Agrar-Subventionen an Ihre Hohenloher Bauern verteilen?
- (4) Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Höfe-Sterben gestoppt wird?

Antwort:

- 1) Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein, die Umweltverträglichkeit, Arten- und Tierschutz mit wirtschaftlichem Erfolg für die heimische Landwirtschaft verknüpft. Wir sind dankbar für die herausragende Arbeit aller Landwirte in unserer Region. Die Bio-Musterregion wurde durch das Engagement und die Unterstützung seitens der FDP-

Kreistagsfraktion unterstützt. Zu hohe Auflagen könnten für viele Familienbetriebe im Land das wirtschaftliche Aus bedeuten.

- 2) Wir Freie Demokraten wollen die unternehmerische Landwirtschaft, und zwar die konventionelle Variante, als auch die Bio-Betrieb stärken. Und zwar indem wir Innovationen und Forschung fördern – sowohl im ökologischen wie auch im konventionellen Landbau. Notwendig sind machbare Lösungen entlang des technischen Fortschrittes. Statt Öko- und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen, wollen wir die Vorteile beider Systeme kombinieren. Neue Züchtungsmethoden und moderne Pflanzenschutzmittel & Technik bringen Quali- und Quantität.
- 3) & 4) Ja, wir wollen möglichst viele bäuerliche Betriebe erhalten, lehnen jedoch eine falsch verstandene Romantisierung ab. Wir betrachten die Fakten in Berlin und Brüssel. Viele Landwirtschaftsfamilien sind über Jahrhunderte in ihren Gemeinden verwurzelt und tragen entscheidend zum sozialen Leben im ländlichen Raum bei. Sie werden aber mit immer strengeren Vorschriften belastet, die kaum noch umsetzbar sind. Die Menschen wünschen sich eine bäuerliche, umweltschonende, nachhaltige Landwirtschaft und regionale Lebensmittel, für die eine Mehrzahl jedoch nicht immer bereit ist den entsprechenden Preis zu zahlen. Gleichzeitig kämpfen die Betriebe aber aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen um ihre Existenz. Wir haben ein katastrophales Höfesterben auf Rekordniveau, und zwar insbesondere in den letzten zehn Jahren. Der Strukturwandel entwickelt sich zum Strukturbruch, zu einer Welle der Vernichtung bäuerlicher Existenzen. Die Politik muss den Bauern genug Luft zum Atmen lassen und für ausreichend Beinfreiheit sorgen. Landwirte dürfen nicht zu den Prügelknabe der Nation abgestempelt werden. Wir müssen endlich wieder mehr Respekt vor denen haben, die für unser täglich Brot sorgen und unsere Kulturlandschaft erhalten. Dazu gehört, dass ambitionierte Ziele beim Klimaschutz im Dialog mit den Landwirten erarbeitet werden.

WAHLPRÜFSTEIN 2

Landwirtschaft – wohin ?

Aussage:

Hohenlohe ist das baden-württembergische Zentrum der konventionellen, intensiven Landwirtschaft mit einer sehr hohen Tierdichte (Massentierhaltung), einer intensiven Landnutzung für Futtermittel und Energiepflanzen (Biogasanlagen) verbunden mit einem hohen Einsatz von chemischen Produktionsmitteln (Pestizide) und auch von chemisch-synthetischen Düngemitteln (Kunstdünger) sowie Gülle. Gülle aus der industriellen Massentierhaltung enthält oft Rückstände: Tierarzneimittel wie Antibiotika oder Wurmmittel, Multiresistente Keime, Metalle, Nitrat, Phosphat, Ammoniak. Dies stellt für unsere Hohenloher Umwelt eine enorme Belastung dar.

Fakt:

In einer Pressemitteilung des statistischen Landesamtes BW aus dem Jahr 2016 wird unser Landkreis SHA als die „Schweinehochburg“ des Landes Baden-Württemberg bezeichnet, auf den mehr als ein Fünftel des gesamten Schweinebestands entfällt (424.418 Schweine).

Der Landkreis SHA ist auch bei der Haltung von Geflügel Spitzenreiter: mehr als die Hälfte des „Sonstigen Geflügels“ in Baden-Württemberg wird bei uns gehalten (allein 659.985 Puten)!

Eine regionale Dominanz, die sich so bei keiner anderen Tierkategorie wiederholt.

Entscheidend gefordert beim Umbau unserer Landwirtschaft ist die Politik. Ohne konsequente Lenkungsmaßnahmen, die heute noch die „Massenfleischproduktion“ mit den bekannten ökologischen Negativeffekten begünstigen, sind kaum Veränderungen zu erwarten.

Frage:

- (5) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass die Tierzahlen pro Fläche reduziert werden?
- (6) In welche Richtung muss sich Ihrer Meinung nach die Landwirtschaft in Bezug auf Tierdichte, Ackerbau und Landschaftspflege hier in Hohenlohe entwickeln?

Antwort:

- 5) Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir sind der Ansicht, dass die Qualität der Tierhaltung keine Frage der Betriebsgröße ist, sondern eine Frage des Haltungsmanagements. (Ein tierechter Laufstall mit 80 Milchkühen ist besser als 15 Kühe angekettet im Bio-Betrieb) Wir stehen daher für eine Versachlichung in der Diskussion um die verschiedenen Formen der Tierhaltung ein. Kleinere wie größere Betriebe dürfen nicht durch eine überzogene Verbots- oder Zertifizierungspolitik hinsichtlich ihrer Investitionsfähigkeit überfordert werden. Dies hätte am Ende nur Verlagerungen der landwirtschaftlichen Erzeugung in das weniger um den Tierschutz bemühte Ausland zur Folge, z.B. Osteuropa. Marktwirtschaft und Tierschutz sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Die Marktwirtschaft kann dazu beitragen, den Tierschutz schneller, kostengünstiger und konsequenter umzusetzen, als dies mit staatlich dirigistischen Korrekturmaßnahmen möglich wäre. Nicht Sondersteuern oder andere Lenkungsmechanismen, sondern klare Regeln und deren staatliche Durchsetzung sichern ein Höchstmaß an Tierschutz. Sowohl hinsichtlich des Tierschutzes, als auch mit Blick auf Wettbewerbsgleichheit und Bürokratievermeidung wollen wir bei Nutztierarten sukzessive zu mehr Einheitlichkeit bei den Vorgaben für Haltung, Zucht, Transport und Schlachtung kommen. Dabei ist allerdings aufgrund der verschiedenen Agrarstrukturen zu beachten, dass die Harmonisierung der Vorgaben zeitlich so zu gestalten ist, dass sie nicht zu Strukturbrüchen führt. Wir setzen daher auch auf eine gezielte

Agrarinvestitionsförderung, um die Modernisierungsrate von Tierhaltungssystemen auch in Regionen mit kleineren Betriebsstrukturen spürbar zu erhöhen. Nur so kann beispielsweise die Anbindehaltung von Rindern überwunden werden, ohne die Entwicklung der Betriebsaufgaben zu beschleunigen. Unser Haushaltsanträge für mehr Personal in den Veterinärämtern zugunsten des Tierschutzes und der Lebensmittelüberwachung wurden von grün-schwarzen Regierungskoalition stets abgelehnt.

- 6) Wir sind der Ansicht, dass es maßgeblich darauf ankommt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten. Dann sind die Landwirte in der Lage mehr für den Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu tun. Am Willen dazu mangelt es den Landwirten nicht. Wir Freie Demokraten machen uns für eine flächengebundene, ressourcenschonende und nachhaltige Landwirtschaft in Hohenlohe stark. Wir sind überzeugt, dass die Interessen der Landwirtschaft mit dem Umwelt- und Naturschutz Hand in Hand gehen.

Wir wollen Artenschutz und die Erzeugung hochwertiger, heimischer Lebensmittel in Einklang bringen. Dafür braucht es selbstbestimmte Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich durch Eigenverantwortung, Flexibilität und Innovationsfreude auszeichnen. Diese Gesamtleistung der Landwirtschaft muss von der Gesellschaft entsprechend bezahlt werden.

WAHLPRÜFSTEIN 3

Hohenloher Luft

Aussage:

Nicht Baden-Württembergs Großstädte – nein – unser Landkreis Schwäbisch Hall hat die höchste Feinstaubbelastung (846 t/a) und auch die höchsten Gesamtstaub-Emissionen (1.289 t/a) im ganzen Land. Auch bei den Emissionen von Ammoniak (5.021 t/a) liegt unser Landkreis in BW ganz vorne. Dies sind leider keine Fake-News, sondern basieren auf dem am 31. Januar 2017 veröffentlichten Emissionskataster 2014 der staatlichen LUBW (Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).

Fakt:

Als Ursache für diese unerwartet hohen Belastungen werden in allen Untersuchungen die „anthropogen beeinflussten biogenen Systeme“ genannt, also die Landwirtschaft und hier vor allem die Massentierhaltung, partiell auch die Biogas-Anlagen. Der Grund: Ammoniak-Ausgasungen aus Gülle verbinden sich in der Atmosphäre mit anderen Gasen und werden so zu Feinstaub.

Erschreckend ist dabei auch, dass neueste medizinische Forschungen aus den Jahren 2017/2020 (The Lancet, JAMA, Deutsches Ärzteblatt) nachgewiesen haben, dass mit einer erhöhten Feinstaubexposition neben des stark erhöhten Krebsrisikos auch ein Anstieg der Demenzerkrankungen und anderen neurodegenerativen Erkrankungen wie Morbus Parkinson assoziiert wird.

Frage:

- 7) Sehen Sie die Notwendigkeit die Belastungen der Luft zu verbessern?
Wenn „JA“ >> welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Antwort:

- 7) Die Reduktion schädlicher Treibhausgase in der Landwirtschaft liegt im ureigenen Interesse der Landwirte selbst. Während sich Emissionen im Energiebereich durch alternative Energiequellen vergleichsweise einfach verringern lassen, fehlen derlei Patentrezepte für natürliche Prozesse in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft wird daher immer mit gewissen Emissionen verbunden bleiben, es sei denn, man würde völlig auf sie verzichten und damit die Ernährung aufs Spiel setzen und das wollen wir Freie Demokraten nicht. Über physikalische und chemische Gesetze lässt sich nicht diskutieren, ob es der Politik gefällt oder nicht.
- Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Klimazielen des Pariser Abkommens. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 formuliert in seiner Präambel eindeutig den Grundsatz, dass die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Beendigung des Hungers (weltweit) grundsätzlich Vorrang haben vor dem wichtigen Ziel eine weitere Erwärmung der Erde zu verhindern.
- Neue Entwicklungen wie die Digitalisierung der Landwirtschaft bieten große Chancen, etwa durch die hoch präzise Ausbringung von Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, oder durch die engmaschige Überwachung von Tiergesundheitsdaten in automatisierten Ställen. Wir wollen über eine gezielte Agrarinvestitionsförderung und eine Open-Source-Politik bei den Geodaten der Länder dafür sorgen, dass dieser Fortschritt nicht nur bei besonders kapitalkräftigen, sondern auch bei kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft ankommt. Wir setzen

vorrangig auf produktionsintegrierten Natur- und Artenschutz in strukturreichen Kulturlandschaften. Dies ist über entsprechende Förderanreize sicherzustellen.

WAHLPRÜFSTEIN 4

Wasser

Aussage:

„Wenn die Landwirtschaft nicht mit weniger Düngemitteln und Pestiziden auskommt, dann gibt es irreparable Schäden am Grundwasser ...“ Mit solch alarmierenden Aussagen rufen westeuropäische Wasserversorger aus 7 Ländern im Januar 2021 zu mehr Umweltschutz und einem radikalen Umsteuern vor allem in der konventionellen Landwirtschaft auf.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/wasserversorger-warnen-unser-trinkwasser-ist-in-gefahr-100.html>

Auch hier in Hohenlohe werden die Probleme mit der Wasserqualität immer offensichtlicher. Wir beobachten eine immer stärkere Verunreinigung unsere Hohenloher Gewässer Jagst, Kocher, Blaubach und Brettach.

Durch die Intensiv- oder Massentierhaltung geraten Tierarzneimittel, Pestizide, Metalle und Nährstoffe in unsere Flüsse. Einmal in die Umwelt gelangt, bilden sich so regelrechte „Cocktails“ an Substanzen, die empfindliche Ökosysteme wie Flusslandschaften langfristig schädigen.

Zusätzlich ist auch der Klimawandel mit vermehrten Dürreperioden in Hohenlohe deutlich spürbar.

Fakt:

Schaumberge gehören inzwischen zum Alltag auf unseren Flüssen.

Die Artenvielfalt der Gewässer hat massiv abgenommen. Vor wenigen Jahren noch reichlich vorhandene Krebse und Muscheln sind in unseren Flüssen kaum noch zu finden.

Fragen:

8) Sehen Sie die Notwendigkeit, hier in Hohenlohe etwas für eine Verbesserung der Wasserqualität zu tun?

Wenn „JA“ >> für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret einsetzen?

9) Haben Sie konkrete Vorschläge, das Problem des Wassermangels anzugehen?



Jagst bei Bächlingen vor Schloß Langenburg / © R. Ziegler

Antwort:

8) Wir Freie Demokraten treten für den Schutz, den Erhalt und die Wiederherstellung vitaler Gewässer als zentraler Beitrag zur Daseinsvorsorge ein. Beim Schutz der Gewässer steht für uns auch der Trinkwasserschutz im Fokus, sowie die Gefahrenabwehr und das Verursacherprinzip. Wir werden die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, den ökologischen Zustand unserer Fließgewässer verbessern und dazu die Modernisierung

kommunaler Kläranlagen gezielt fördern. Die Ziele des Natur- und Gewässerschutzes werden wir gemeinsam mit den betroffenen Landwirten, Forstwirten, Waldbauern, Jägern und der Zivilbevölkerung (Hausabwässer) definieren und durch individuell an die

jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasste Maßnahmen erreichen. Dieses Vorgehen ist effizienter als die Bewirtschafter pauschal mit ordnungsrechtlichen Verboten zu überziehen, die die nachhaltige Rohstoffproduktion bei uns vor Ort einschränken. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz mit einem finanziellen Ausgleich der Bewirtschaftungsbeeinträchtigungen das Maß der Dinge sein muss. Ökologische Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Gewässer sind für uns Freie Demokraten wichtig. Wir stehen aber auch eindeutig zur wirtschaftlichen Nutzung von Gewässern, eine solche gehört seit Jahrhunderten zu unserem Leben. Dementsprechend sollten die Fragen der Wirtschaft und des Umweltschutzes ganzheitlich betrachtet und sinnvolle Lösungen im Sinne beider Bereiche gesucht werden. Eine einseitige, ständig fortschreitende Verschärfung von Auflagen für wirtschaftliche Betätigung, für die es im Sinne solcher Kompromisse keine zwingende ökologische Begründung gibt, lehnen wir ab. Außerdem muss jegliche Maßnahmenkoordination in Kooperation mit den Nachbarländern erfolgen.

- 9) Wir Freie Demokraten wollen z.B. die Forschung zu Pflanzen mit besserer Anpassung an Dürreperioden unterstützen und uns für deren Verbreitung einsetzen. Global betrachtet muss der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung als wichtige Säule in der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden. Außerdem gilt es den Wasserverbrauch pro Bürger durch verantwortungsbewusstes Umgehen mit dem wertvollsten Lebensmittel zu reduzieren.

WAHLPRÜFSTEIN 5

Erneuerbare Energien

Aussage:

Um die Klimaziele zu erreichen, besteht parteienübergreifender Konsens, dass die regenerativen Energien weiter ausgebaut werden müssen.

Fakt:

Der Landkreis SHA leistet bereits heute den größten Beitrag zur Energiewende in Baden-Württemberg:

- Mit 100 bestehenden Windrädern herrscht schon jetzt die größte Dichte im gesamten Südwesten und es sollen nun noch weitere Windräder errichtet werden – vermehrt auch in Staatswäldern.
- Es sollen auch vermehrt Grün- und Ackerflächen für Freiflächen-Photovoltaik geöffnet werden, obwohl Studien sagen, dass bislang nur 10% der Dachflächen zur Stromerzeugung genutzt werden. In Städten ist die Nutzung der Dachflächen zur Stromerzeugung sogar noch geringer.
- In Kupferzell ist ein Megabooster mit riesigen Speicherbatterien als größtes Pilotprojekt weltweit in direkter Siedlungsnähe geplant.

Fragen:

- 10) Wie stehen Sie zu Windkraftanlagen im Wald?
- 11) Halten Sie eine Verdichtung wie auf dem nebenstehenden Foto für Hohenlohe denkbar?
Wo ist für Sie die Obergrenze?
- 12) Wie stehen Sie zum Ausbau der Freiflächen- bzw. Agro-Photovoltaik?
- 13) Können Sie Kriterien nennen, die dabei berücksichtigt werden sollten?
- 14) Wie stehen Sie zur Errichtung einer riesigen Speicherbatterie direkt am Wohngebiet?
- 15) Sollten Ihrer Meinung nach Bürgerinnen bei der Umsetzung der Energiewende beteiligt werden, mitsprechen können und gehört werden?
Wenn „JA“ >> Wie?



Antwort:

- 10) Nicht das Land mit den meisten Windrädern ist der beste Klimaschützer, sondern das mit den effizientesten Anlagen. Wenn in den Ausschreibungen Windkraftanlagen im Norden gewinnen, sollte man auch vorrangig dort Windräder bauen. Dort wird zum Teil doppelt so viel Windenergie pro Anlage geerntet wie bei uns. Minister Untersteller gibt sich also die Antwort selbst, warum es ein wenig sinnvolles unterfangen ist, Tausende von Windkraftanlagen in Baden-Württembergs Wäldern zu bauen. Die Windkraft ist in Baden-Württemberg aufgrund der vergleichsweise geringen Windhöffigkeit nicht das

Mittel der Wahl für die Energiewende. Ein "Südbonus" treibt die EEG-Umlage für die Stromkunden nochmal in die Höhe und führt zu einer ineffizienten Stromversorgung.

- 11) Wir fordern bei der Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben. Die grün und rot regierten Groß- und Universitätsstädte haben trotz bester Standortbedingungen (Schwarzwald, Odenwald, Schwäbisch Alb) zusammen weniger als 10 Windräder in ihrer Nähe!
- 12) Wir sehen in der Agro-Photovoltaik eine Chance, den wachsenden Bedarf an Erneuerbaren Energien mit einem geringeren Flächenverbrauch in Einklang zu bringen. Durch die Installation von Photovoltaik-Modulen über landwirtschaftlich genutzten Flächen kann die Versiegelung von Flächen vermieden werden, während durch gezieltes Lichtmanagement die landwirtschaftlichen Erträge nur geringfügig beeinflusst werden. Vorrangig müssen die Dachflächen in den Großstädten mehr Photovoltaikstrom liefern.
- 13) Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass sich die Freiflächen- bzw. Agro-Photovoltaik schon heute am Markt behaupten müssen.
- 14) Wir wollen eine technologieoffene Energiewende. Allerdings müssen die Interessen aller Beteiligten dabei in Einklang gebracht werden, dies gilt insbesondere auch für die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner.
- 15) Ja, die Energiewende darf nicht an den Bürgern vorbeigehen. Deutschland hat aufgrund der EEG-Umlage, hoher Stromsteuern und steigender Netzentgelte zusammen mit Dänemark die höchsten Strompreise in Europa. Das wird zunehmend zur Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen im Land. Wir wollen die Bezahlbarkeit wieder stärker ins Zentrum der Energiepolitik rücken.

WAHLPRÜFSTEIN 6

Gentechnik

Aussage:

Die Versprechen der Agrarkonzerne, dass der Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen die Erträge auf den Feldern steigern, den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen und Pflanzenschutz nahezu überflüssig machen soll, sind verführerisch, ebenso wie Aussagen, dass innovative gentechnologische Verfahren wie die CRISPR/CAS9-Methode große Chancen eröffnen im Hinblick auf Anwendungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen, der Landwirtschaft und der Umwelt.

Fakt:

In der „Naturbewusstseinsstudie 2019“ des Bundesamtes für Naturschutz sprechen sich 81 Prozent der Befragten für ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft aus. Solche Lebensmittel wären in Deutschland folglich weiterhin schlecht verkäuflich.

Die Versprechen, mit gentechnisch veränderten Pflanzen höhere Erträge und weniger Chemie auf den Äckern zu haben oder gar den Hunger zu bekämpfen, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen müssen z.T. sogar erheblich mehr Spritzmittel eingesetzt werden. Auch die Entwicklung von Resistenzen bei Beikräutern und Insekten beschleunigt sich. Sogenannte "Nichtzielorganismen" werden gefährdet, die Artenvielfalt im Agrarraum wird weiter reduziert.

Die Ausbreitung transgener Pflanzen allerdings lässt sich nicht begrenzen – denn sind sie einmal in die Umwelt gelangt, verbleiben sie dort für immer.

Frage:

- 16) Wie stehen Sie zum Einsatz von Gentechnik mit dem Ziel, die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern?
- 17) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg keine genveränderten Pflanzen angebaut werden?
- 18) Wie stufen Sie CRISPR/ CaS 9 Pflanzen diesbezüglich ein?
- 19) Werden Sie eine Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln einfordern?

Antwort:

- 16) Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang beim Einsatz von Gentechnik ein, um die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern. Zukünftig müssen zehn Milliarden (10 000 000 00) Menschen ernährt werden. Hier muss man wissenschaftlich offen sein, wie dies im übrigen auch die zuständige grüne Wissenschaftsministerin des Landes, Frau Theresia Bauer, vertritt.
- 17) Diese Frage liegt rechtlich auf der Kompetenzebene des Bundes und der Europäischen Union, dies gilt im Übrigen auch für die Gerichtsbarkeit.
- 18) Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Es erlaubt präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Angesichts von Klimawandel und globalem Bevölkerungsanstieg wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch

verbauen. Auch hier sehen wir uns mit der grünen Wissenschaftsministerin des Landes im Einklang. Wir setzen uns daher für eine vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Wir brauchen widerstandsfähige und ertragsstarke Nutzpflanzen, um eine Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln im Öko-Landbau zu ermöglichen. (Problematik: hochtoxische Kupferpräparate im Öko-Weinbau)

19) Ja. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass eine umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Verwendung von GVO auf dem Weg vom Acker oder Stall bis zum Teller nur durch die Festschreibung einer EU-weiten Prozesskennzeichnung möglich ist. Kennzeichnungspflichten müssen, gerade vor dem Hintergrund des Importes von Nahrungs- und Futtermitteln aus außereuropäischen Märkten, praktisch umsetzbar sein, rechtliche Klarheit bieten und dadurch echte Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten. Für uns gilt der Verbrauchergrundsatz: Was drin ist muss drauf steht und was drauf steht muss drin sein.

WAHLPRÜFSTEIN 7

Biodiversität

Aussage:

Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES / 455 Autoren aus 50 Ländern) hat 2019 in einer Studie veröffentlicht, dass der fortschreitende Verlust der Biodiversität inzwischen ein Ausmaß erreicht hat, dass die Existenzgrundlagen von Menschen gefährdet.

Fakt:

Wissenschaftliche Zählungen zeigen, dass das Artensterben noch viel dramatischer ausfällt als befürchtet. Lt. IPBES ist damit zu rechnen, dass rund 1 Million Tier- und Pflanzenarten innerhalb der nächsten Jahrzehnte aussterben werden – mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Auch die baden-württembergische Studie der Forschungsstation Randecker Maar (Kirchheim/Teck) hat einen Rückgang der wandernden Insekten auf der Schwäbischen Alb von dramatischen 97 Prozent ergeben (Quelle: Pressemitteilung des Landes Baden-Württemberg vom 29.10.2020).

Fragen:

- 20) Was halten Sie davon, Ergebnisse der Flurbereinigung teilweise wieder rückgängig zu machen, indem Kleinbiotope (Hecken, Sträucher, Mäanderbäche) in landwirtschaftlichen Flächen wieder reaktiviert werden, obwohl dies natürlich auch eine Reduzierung der Anbaufläche mit sich bringt?
- 21) Werden Sie die beschlossenen Maßnahmen des Biodiversitätsstärkungsgesetz weiter umsetzen?

Antwort:

20) Ganz im Sinne unseres Leitbildes "Schützen durch Nützen" wollen wir den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz stärken und die Ökokonto-Verordnung überarbeiten, um mehr Anreize für flächenschonende

Ausgleichsmaßnahmen und ökologische Aufwertungen zu setzen. Wir treten dafür ein Managementpläne auf Flächen des Natura-2000-Netzes (FFH- und Vogelschutzgebiete) wieder stärker den Grundsatz des mildesten Mittels zu verankern. Wir wollen außerdem den Schutz von Moorflächen als CO₂-Senken und Biotope weiter vorantreiben. Die Flurbereinigungen der 1960er Jahre sind Vergangenheit. Neue Flurordnungsmaßnahmen bringen in der Regel deutliche Verbesserung für die Biodiversität. Dies darf allerdings nicht auf dem Rücken der Landwirte geschehen, sondern muss auch von der Gesellschaft entsprechend entlohnt werden.

21) Wir Freie Demokraten treten für den Erhalt und die Stärkung der Biodiversität ein. Das grün-schwarze Biodiversitätsstärkungsgesetz aber gefährdet mit utopischen Zielvorgaben die Existenz der landwirtschaftlichen (auch und gerade der kleinbäuerlichen) Betriebe im Land und führt schlimmstenfalls zur Abwanderung der Urproduktion ins Ausland. Deshalb hat die FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz entschieden abgelehnt. Wir sind der Ansicht, dass dieses Ziel nicht mit einem planwirtschaftlichen Ausbau des Ökolandbaus und auch nicht mit einer

wissenschaftsfernen, praxisuntauglichen Zielvorgabe zur Pflanzenschutzmittelreduktion gelingt, wie sie das Biodiversitätsstärkungsgesetz vorsieht.

Die forcierte Öko-Umstellung wird lediglich einen ruinösen Preiskampf bei Bioprodukten zur Folge haben. Zudem zeigen aktuelle Studien, dass andere Anbausysteme mit höherer Flächennutzungseffizienz sogar nachhaltiger sein können als der Ökolandbau. Auch Pflanzenschutzmittel sind nicht per se zu verteufeln. Werden im Ackerbau weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt, verringern sich die Erträge. Als Konsequenz müssen bisher ungenutzte Flächen zur Nahrungsmittelproduktion herangezogen werden. In Summe steigt so der Flächenverbrauch und der Druck auf die Artenvielfalt erhöht sich.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine solide Strategie ein, die das berechtigte Interesse des Pflanzenschutzes und der Ertragssicherheit mit Umweltmaßnahmen so balanciert, dass sie realistisch ist und eine wirtschaftliche Anwendung ermöglicht. Die gut ausgebildeten Landwirte gehen mit der Gesamthematik aus ökologischen und ökonomischen Gründen verantwortungsvoll um. Wir wollen eine intensive und effektive Agrarforschung, sowie technische Innovationen strategisch entwickeln, um synthetische Pflanzenschutzmittel im konventionellen Weinbau und in der konventionellen Landwirtschaft sowie umweltbelastende Pflanzenstärkungsmittel im Ökoland- und -weinbau zu verringern. Ziel ist hierbei auch die Entwicklung und der Einsatz resistenter Kreuzungen sowie alternativer Pflanzenschutzmittel.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Stärkung der Biodiversität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.